

Antrag

der Abg. Viviane Sigg u. a. SPD

Entwicklung und Förderung des Ökologischen Landbaus im Land

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sich die Zahl der Betriebe und die Größe der Fläche des Ökolandbaues in den letzten drei Jahren (2023 bis 2025) entwickelt hat;
2. welchem Anteil an der gesamten Agrarfläche sowie an der Anzahl der Betriebe diese Entwicklung entspricht;
3. welches die letzten Änderungen bestehender Förderprogramme und anderen Maßnahmen waren, die das Ziel hatten, den Ökologischen Landbau verstärkt zu fördern und die Umstellung für die Betriebe attraktiver zu gestalten;
4. wie sich die Prämien aus Förderprogrammen in ökologisch wirtschaftenden Betrieben je Hektar in den vergangenen fünf Jahren (seit 2021) entwickelt haben und wo sie heute stehen;
5. wie sich nach Wissen und Einschätzung der Landesregierung die Nachfrage nach Bioprodukten in den letzten fünf Jahren, auch vor dem Hintergrund der Energiepreise und der Inflation, entwickelt hat;
6. welche Änderungen an den Fördersätzen und Förderbedingungen angesichts der Ziele im Biodiversitätsstärkungsgesetz, nach dem der Anteil des ökologischen Landbaus bis 2030 auf 30 bis 40 Prozent erhöht werden soll, vorgesehen sind;
7. wie sie, abgesehen von eventuell zu erhöhender Förderung, gedenkt, die selbst gesetzten Ziele des Anteils des Biolandbaus bis 2030 zu erreichen und inwieweit die derzeitige Entwicklung und die der letzten Jahre dafür ausreichen.

18.6.2026

Sigg, Dr. Weirauch, Dr. Fulst-Blei, Dr. Kliche-Behnke, Steinhülb-Joos SPD

Begründung

Die Landesregierung hat sich im Zuge der Verabschiedung des Biodiversitätsstärkungsgesetzes unter anderem das Ziel gesetzt, dass der Biolandbau bis 2030 30 bis 40 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche erreicht. Die Entwicklung in der letzten Legislaturperiode weist jedoch eher darauf hin, dass dieses Ziel mit den bisherigen Zuwächsen nicht erreicht werden kann. Da es sich bei den Förderbedingungen im Wesentlichen um Landesprogramme handelt, stellt sich die Frage, wie ernsthaft das Ministerium für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat Baden-Württemberg und die Landesregierung dieses Ziel verfolgt.